Krakauer Zeitung.

Nr. 27. Donnerstag den 4. Februar 1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Generalsecretär der privilegirten galizischen Carl Ludwigs-Eisenbahngesellschaft, Regierungsrath Dr. Johann Jakob Dominik Herz, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse, den Ordensstatuten gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Rodenau“ allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 29. Jänner d. J. dem zweiten Custos der k. k. Hofbibliothek, Friedrich Ritter v. Bartsch, in Anerkennung seiner fünfzigjährigen ausgezeichneten Dienstleistung, den Titel und Charakter eines k. k. Regierungsrathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. Jänner d. J. an die Stelle des durch Verzichtleistung auf sein Mandat als Landtagsabgeordneter aus dem vorarlbergischen Landtage ausgeschiedenen David Fussenegger den Landtagsabgeordneten Wilhelm Rhomberg zum Landeshauptmannstellvertreter in Vorarlberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat eine im Gremium der croatisch-slavonischen Finanzlandesdirection erledigte Finanzrathsstelle dem dortigen Secretär Anton Kofranek verliehen.

Das Justizministerium hat die beim Wiener Landesgerichte erledigte Rathsstelle dem disponiblen Landesgerichtsrathe Johann Wissiagg verliehen.

Das Justizministerium hat eine erledigte Staatsanwaltssubstitutenstelle im Sprengel des steierisch-kärntnerisch-krainischen Oberlandesgerichtes mit dem Diensttcharakter eines Rathssecretärs dem disponiblen Staatsanwaltssubstituten Jakob Hren verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 4. Februar.

Nach der „Ind. belge“ soll zwischen Berlin und Wien eine Convention zur Lösung der schleswig-holstein'schen Frage geschlossen und in derselben stipulirt sein, daß Süd-Schleswig mit Holstein vereinigt, das vergrößerte Herzogthum durch eine Personal-Union mit Dänemark verbunden und Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werde. Die „Weser Zeitung“, welche dahin gestellt sein läßt, ob es mit dieser Convention seine Richtigkeit habe, theilt in Folgendem das Programm des Herrn v. Bismarck mit:

1. Herstellung einer vollen Real-Union zwischen Schleswig und Holstein und einer Personal-Union mit der Krone Dänemark. Die Herzogthümer würden in diesem Fall eine vollständig getrennte Verfassung, Civil- und Militärverwaltung, ein besonderes Heer und eine besondere Marine erhalten, Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werden. 2. Vereinigung des deutschen Süd-Schleswig (Linie der Schlei) mit Holstein als Bundesland, Incorporation von Nord-Schleswig in Dänemark, Personal-Union des so vergrößerten Holsteins mit dem letzteren und im Uebrigen wie ad 1. Diese beiden Alternativen liegen noch innerhalb des Londoner Vertrages, denn es wird die Integrität Dänemarks dadurch nicht erschüttert. Das Herzogthum Lauenburg würde als ein auf internationalen Verträgen beruhender Besitz Dänemarks dadurch aber gar nicht berührt. Die beiden anderen außerhalb des Londoner Protocolls liegenden Alternativen sind 3. Vollständige Abtretung Holsteins und des deutschen Süd-Schleswig an den Bund. Rendsburgs Erhebung zur Bundesfestung. Lauenburg bleibt bei Dänemark. 4. Vollständige Abtretung Holsteins und Lauenburgs an den Bund. Für das letztere Herzogthum bleibt Süd-Schleswig bei Dänemark. Den deutschen Schleswigs werden ihre nationalen Rechte durch besondere Rechte unter Garantie der europäischen Mächte sichergestellt. Rendsburg wird Bundesfestung.

Einer Berliner Nachricht der Hamburger „B.-H.“ zufolge soll die Königin Victoria entschlossen sein, einem kriegerischen Vorgehen zu Gunsten Dänemarks ihre Zustimmung zu versagen. Zwischen dem Prinzen von Wales und seiner königlichen Mutter scheint also in diesem Puncte eine bestimmte Meinungsdifferenz vorhanden zu sein.

Die torystische „Preß“ sagt, im geraden Widerspruch mit ihrem Parteigenossen Herald, mit großer Schrift: „Aller Begründung entbehrt die von einem ministeriellen Organ gebrachte Notiz, daß unsere Regierung den Dänen bewaffnete Hilfe versprochen habe für den Fall, wenn Oesterreich und Preußen die Eider überschreiten sollten.“ Die Frage war der Gegenstand zahlreicher im Lauf des Monats gehaltener Minister-Berathungen: allein bis zu dieser Stunde ist man nicht zu dem Entschluß gelangt, Truppen oder auch nur eine Flotte den Dänen zu Hilfe zu schicken. Auch die „Times“ erklären sich nach allem Schimpfen und Schreien, wie in Bezug auf Polen so auch bezüglich der Herzogthümer, für Nicht-Einmischung. Die ganze Sache, schreibt die „Times“, verhält sich einfach folgendermaßen: Obgleich Frankreich und Rußland mit der Anschauung Englands ganz übereinstimmen, lehnen sie doch ein weiteres Einschreiten ab und überlassen England die Aufgabe, die Action der deutschen Mächte — falls es ihm rathsam dünkt — zu bekämpfen. Allein die praktische Frage ist, ob England für die Aufrechthaltung des Vertrages von 1852 mehr thun kann, als es bis jetzt gethan hat. Die „Saturday Review“ sagt: Die ominösen Gerüchte von diplomatischen Drohungen und Flottendemonstrationen sind hoffentlich ganz ungegründet. Lord Palmerston kann schwerlich glauben, daß das Land irgend ein Ministerium in einem Kriege für die zweifelhaften Rechte Dänemarks unterstützen würde. Es wäre dazu die Hilfe Rußlands erforderlich, da es nicht gewiß ist, daß Frankreich sich auf die andere Seite stellen dürfte.

Nach einem Londoner Schreiben der KZ. hat die britische Regierung sich durch Weigerung Oesterreichs und Preußens nicht abschrecken lassen, und in der dänischen Frage einen zweiten Vermittlungsvorschlag gemacht. Dieser nimmt die Idee einer Conferenz wieder auf.

In mehreren Blättern wurde — von einem und demselben Correspondenten — berichtet, daß die Circulardepesche in der schleswig-holsteinischen Frage vom 19. Januar, welche Herr v. Bismarck bekanntlich im Abgeordnetenhause theilweise vorlas, an verschiedenen deutschen Höfen bisher nicht überreicht worden ist. Hiezu bemerkt die „N. A. Z.“ officiös: „Die Depesche ist allerdings an diejenigen Höfe gar nicht gesandt worden, von denen sich von vorn herein annehmen ließ, daß sie bei ihnen keine Wirkung hervorbringen würde, da es offenbar viel angemessener ist, diese ruhig die Früchte derjenigen Politik ernten zu lassen, welche sie treiben, ohne sie in der Aussaat zu stören.“

Unter dem Datum vom 26. Januar soll eine neue österreichische Circulardepesche an die deutschen Bundesregierungen abgegangen sein, welche in Anschluß an die (seiner Zeit von Hrn. v. Bismarck in der preußischen Kammer eingegangene) frühere preußische Depesche und mit Bezugnahme auf deren Ausführungen, im Uebrigen aber nichts weniger als identisch mit ihr, nochmals den Standpunct und die Ziele der österreichischen Politik in Bezug auf Schleswig darlegt und den gegen die Politik erhobenen Bedenken und Widersprüchen eingehend entgegentritt.

Die „Bair. Ztg.“ schreibt: Die baierische Regierung hat am 21. v. M. einleitende Schritte zur Abhaltung von Ministerconferenzen der gleichgesinnten Regierungen gethan, um sich in der schleswig-holsteinischen Sache zu verständigen. Die Rückäußerungen sind noch nicht sämmtlich eingegangen; es wird demnach Weiteres späterer Mittheilung vorbehalten.

In der Sitzung des dänischen Folksthing vom 31. v. M., in welcher, wie erwähnt, die zweite Behandlung und die Annahme der Adresse stattfand, behauptete der Conseils-Präsident Monrad, daß Preußen, obgleich es die Aufhebung der November-Verfassung im Namen der Verabredungen von 1851 und 1852 fordere, dennoch nicht die Aufrechthaltung dieser Verabredungen, sondern etwas ganz anderes wolle. Allein die dänische Regierung müsse sich an diese Verabredungen halten und durchzuführen suchen, was Dänemark zufolge dessen als sein Recht ansehe.

Die Berichte des Grafen Pasolini nach Turin, schreibt man der „KZ.“ von der französischen Gränze, thun dar, daß noch immer ein großer Unterschied zwischen der Anschauung der französischen und der englischen Regierung in der italienischen Frage besteht. Während Lord Russell und Lord Palmerston entmuthigend auf die italienische Regierung zu wirken suchen, spricht die französische sich in ganz anderem Sinne aus, obgleich auch sie vor übereilten Thaten warnt. Hieraus läßt sich entnehmen, was davon zu halten sei, wenn von einer Aussendung der englischen Flotte ins adriatische Meer gefaselt wird. Ueberhaupt hat die englische Regierung noch nicht aufgehört, nach einer friedlichen Austragung des dänisch-deutschen Streites zu trachten.

Am Montag voriger Woche hat die zu diesem Behuf in London versammelte Conferenz die das Königreich Griechenland betreffende Uebereinkunft vom 14. Novbr. v. J. in der Weise abgeändert, daß sie ein Protocoll redigirten, welches die dem Königreich Griechenland von den drei Schutzmächten gewährte Garantie auch auf die jonischen Inseln ausdehnt, außerdem das Princip der Beschränkung der griechischen Land- und Seemacht aufgibt, und endlich die in der Convention ausgesprochene Neutralisirung auf nur zwei von den jonischen Inseln beschränkt. Die Mittheilung des Protocollentwurfs ward von den Mitgliedern der Conferenz ad referendum genommen, d. h. ehe sie ihre Unterschrift darunter setzen, legen sie ihn vorher ihren betreffenden Regierungen zur Prüfung und Genehmigung vor.

Nach Berichten aus dem Haag ist die erste Kammer, nachdem sie das Budget des Auswärtigen angenommen hatte, bis auf Wiedereinberufung auseinandergegangen.

Das belgische Ministerium hat beschlossen, der Bitte des Königs um Verbleiben im Amt nachzugeben, die Kammer für die zweite Hälfte des Monats einzuberufen und derselben das Budget- und Administrationsgesetz vorzulegen.

Fürst Władisław Czartoryski hat sich Anfangs voriger Woche von Paris nach London begeben, wie es heißt in der Absicht, in Verbindung mit dem General Władisław Zamoyski die polenfreundlichen Mitglieder des binnen Kurzem zusammentretenden englischen Parlaments zur Einbringung einer Motion zu Gunsten der Polen zu bestimmen und überhaupt die Agitation für die polnische Sache in der englischen Presse und im Publicum wieder neu zu beleben.

Auf dringendes Ansuchen des nordamerikanischen Gesandten hat die portugiesische Regierung eine Dampf-Fregatte nach den Azoren geschickt, um die conföderirten Kaperschiffe zu bewachen.

× — **Nisko,** am 28. Jänner. Am heutigen Tage wurde der k. k. Finanzwachcommissär und Leiter der Finanzwach-Section Nr. VIII in Nisko, Johann Kawski, mit dem demselben von Sr. k. k. Apostolischen Majestät dem Kaiser für seine ausgezeichnete Dienstleistung allergnädigst verliehenen Ritterkreuze des Franz Josephs-Ordens, dann der Finanzwachcommissär Wendelin Quecke in Radomysl mit dem demselben allergnädigst für vorzügliche Dienstleistung verliehenen Verdienstkreuze, in nachstehender feierlicher Weise betheilt: Um 10 Uhr Vormittags begaben sich der mit der Uebergabe der Decorationen betraute k. k. Finanzrath und Finanzbezirksdirector in Rzeszow, Anton Tittel, dann die in Nisko und in der Umgebung stationirten k. k. Offiziere des 14. Hußaren-Regiments Graf Palffy, des 77. Linien-Infanterie-Regiments Erzherzog Salvator, und des 40. Linien-Infanterie-Regiments Baron Roßbach unter Führung des bei uns allgemein beliebten und hochgeachteten Gränzbewachungs-Commandanten, k. k. Majors des 14. Palffy-Freiwilligen-Hußaren-Regiments, Pongratz de St. Ovár, der k. k. Gensd'armerie-Lieutenant Aigner von Rzeszow die Beamten des k. k. Bezirksamtes und des k. k. Wasserbauamtes in Nisko, die zu decorirenden k. k. Finanzwach-Commissäre sammt einer Abtheilung der Finanzwachmannschaft, die Niskoer herrschaftlichen Beamten und mehrere Ortsvorstände des Niskoer Bezirkes in die Pfarrkirche zu Rasławice, woselbst von dem hochwürdigen, wegen seiner Leutseligkeit, eifriger Pflichterfüllung als Seelsorger und seiner loyalen Gesinnung gleich hochgeschätzten Pfarrer und Canonicus Bober ein feierliches Danksagungsamt celebrirt wurde. Nach beendetem Gottesdienst begab sich die ganze Versammlung sammt dem genannten Herrn Pfarrer in das im k. k. Bezirksamtsgebäude anläßlich der zu begehenden Feierlichkeit mit dem Bildnisse Sr. k. k. Apostolischen Majestät gezierte und mit Reisig geschmückte Festlocale. Hier verkündigte der k. k. Finanzrath Tittel den Allerhöchsten Gnadenact und zierte die Brust der Ausgezeichneten mit den denselben verliehenen Decorationen, hiebei den Wunsch aussprechend, daß die Auszeichneten sich der ihnen zu Theil gewordenen Allerhöchsten Gnade zur eigenen Freude und Ehre und zur Ehre ihres Standes recht viele, viele Jahre erfreuen mögen. Gleichzeitig sprach auch der genannte Finanzrath der Mannschaft der VIII. Finanzwachsection den Dank für die bisherige brave Haltung aus und schloß mit dem Wunsch, daß dieselbe auch fernerhin sich die eifrigste Pflichterfüllung angelegen sein lasse. Nachdem die Decorirten die Glückwünsche der anwesenden Gäste entgegengenommen hatten, hielt der k. k. Finanzwachcommissär Kawski eine Ansprache, worin er insbesondere der Finanzwachmannschaft die eifrige Erfüllung der denselben obliegenden beschworenen Verpflichtungen an's Herz legte und derselben für ihre bisherige lobenswerthe Haltung dankte. Ein dreimaliges Hoch der k. k. Finanzwachmannschaft und der übrigen Anwesenden auf Se. Majestät unseren allergnädigsten Kaiser, schloß die Feier. Mittags versammelte sich die ganze Gesellschaft in den Localitäten des Herrn Forstcontrollors Kunze zu einem frohen Mahle, wobei unter Pöllerschüssen viele Toaste, vornämlich auf Se. k. k. Apostolische Majestät den Kaiser durch den k. k. Finanzrath Tittel aus Rzeszow, auf die brave Armee durch den decorirten k. k. Finanzwachcommissär Kawski und die beiden Decorirten selbst ausgebracht wurden. Die späte Nacht trennte erst die frohe Gesellschaft.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Im Nachstehenden geben wir den Wortlaut der Rede, welche Se. Exc. der Herr Staatsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses aus Anlaß der Debatte über den Nachtrags-Credit von 10 Millionen für die Expedition nach Schleswig gehalten. Diese Rede, eine der glänzendsten, die der hochgeehrte Staatsmann je gehalten, lautet:

Ich glaube, das Zeugniß des h. Hauses für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich nicht das Wort ergreife, wenn in der That dafür eine innere Nothwendigkeit fehlt, und wenn ich daher heute mir erlaube, eine längere Rede an diese h. Versammlung zu richten, so sind in der That dafür gewichtige Gründe vorhanden. Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie sich den schweren Anschuldigungen gegenüber, die gegen sie erhoben wurden, bis jetzt schweigsam gehalten hat, und darin liegt vor Allem eine Pflicht für mich, nunmehr umfassend über die Politik der Regierung mich auszusprechen, aber auch darin liegt für mich ein Motiv, daß es uns von Seite der Regierung nicht darum zu thun ist, eine Majorität gegen die Resolution zu erlangen, sondern dieses Haus und ganz Oesterreich zu überzeugen, daß die Herren, welche in dieser Frage auf Seite der Regierung sich stellen, wahrlich nicht ein Fehlvotum abgeben werden. Die Frage, welche uns durch 4 Tage beschäftigt hat, und welche man insgemein die schleswig-holstein'sche nennt, sie ist schon einmal mit der vollen Wucht an mich in meinem politischen Leben herangetreten: als Reichsminister im Jahre 1848 zu Frankfurt hatte ich dieser Frage wegen höchst heftige Kämpfe zu bestehen, Kämpfe, welche nach einer momentanen Niederlage des Reichsministeriums einen Sieg desselben zur Folge hatten. Ein Antrag, den das Gesammtministerium nach einhelligem Beschluß an die Reichsversammlung gerichtet hat, den Waffenstillstand zu Malmoe zu ratificiren, wurde auf das Allerheftigste bekämpft von Männern, denen, ich muß ihnen das Zeugniß geben, gewiß echt patriotisches Gefühl in dieser Frage innewohnte. Gerade dem heftigen und entschiedenen Auftreten dieser Männer war es zu danken, daß das Ministerium mit seinen Anträgen in der Minorität bleibt.

Nach echt parlamentarischem Vorgehen hat das Gesammtministerium seine Demission gegeben und der durchlauchtigste Erzherzog-Reichsverweser hat eben auch nach parlamentarischem Brauch die Gegner der Regierungen aufgefordert, das Ministerium neu zu bilden. Vor Allem war seine Aufforderung an den Mann gerichtet, der vorzugsweise thätig gegen das Ministerinm auftrat, es war ein Mann, der ausgezeichnete Geschichtswerke geschrieben, der das englische Verfassungsleben genau studiert und von welchem der Herr Berichterstatter letzthin nebenbei erwähnt, daß er eigentlich die schleswig-holstein'sche Frage erfunden hatte. An diesen ward demnach die Aufforderung des Erzherzog-Reichsverwesers gerichtet, nunmehr die Regierung zu übernehmen und seine Anschauung zur Geltung zu bringen.

Sonderbar genug, das geehrte Mitglied des Parlaments war über diese Zumuthung sichtbar betroffen und äußerte, das habe er sich bei seinem Votum wohl nicht gedacht, daß er aufgefordert werde, dafür in die Action einzutreten. So wie ihm, erging es noch mehreren Mitgliedern der Opposition. Sie alle hatten nicht den Muth, thätig für ihre Anschauung einzustehen — und so kam es, daß nach vierzehn Tagen einer vergeblichen Verhandlung das Parlament selbst die Angelegenheit in die Hand nahm, daß eine ruhige Prüfung und Erwägung der Verhältnisse eintrat und daß das Parlament 14 Tage nach dem bereits gefaßten Beschlusse einen anderen faßte, der eine Zustimmung zu der Politik der Regierung ausdrückte und es daher den Ministern möglich machte, ihre Thätigkeit fortzusetzen.

M. H.! Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen diese Sache heute vorgeführt habe, aber sie scheint mir sehr auch auf die Gegenwart zu passen. Auch heute wird die Regierung auf das heftigste bekämpft. Aber nun, wenn wirklich die Resolution von der Majorität des Hauses angenommen wird, wenn wirklich die Mitglieder der Regierung der parlamentarischen Sitte huldigend Sr. Majestät dem Kaiser ihre Demission anbieten, wenn wirklich Se. Majestät der Kaiser geneigt ist, eine neue Regierung aus der Majorität zu bilden, dann frage ich Sie, m. H., nach welcher Richtung würde dann die also gebildete Regierung vorgehen, wenn ich annehme, daß sie in der nun vorliegenden Frage nach jenem Programme vorgeht, welches in der Resolution seinen Ausdruck findet? Ich wüßte heute nicht mir eine Antwort zu geben, wie diese Politik dann lauten würde.

Aus der Resolution selbst, wenn ich den Wortlaut mir gegenwärtig halte, vermag ich in der That nichts herauszufinden, was eigentlich der positive Antrag Derjenigen sei, die diese Resolution eingebracht haben. Der Wortlaut der Resolution hat mir Klarheit über den Inhalt nicht gegeben. Die Debatte hat sie gebracht, das bekenne ich; die Debatte hat mir aber gezeigt,

daß diejenigen Herren, die für die Resolution zu stimmen sich entschieden haben, es aus ganz verschiedenartigen Motiven thun; die einen, welche, wie der Herr Minister des Aeußern uns bemerkt hat, die rein deutsche Politik der Regierung nicht genug prononcirt finden; die andern, welche finden, daß die Regierung nicht in eigentlich österreichischem Sinne vorgegangen sei, und die dritten, dazu zähle ich den geistreichen Abgeordneten aus der Hauptstadt Wien, der am zweiten Tage gesprochen hat, weil ihm die Sache eben nicht klar ist. (Bewegung, Heiterkeit).

Wenn daher nach echt parlamentarischem Gebrauche diejenigen Herren, die für die Resolution zu stimmen gesonnen sind, eigentlich gar nicht in der Lage wären, ein bestimmtes Programm für diese Frage zum Ausdruck zu bringen, so muß es der Regierung am Ende nicht übel gedeutet werden, wenn sie auf die Annahme dieser Resolution nicht jenen Werth legt, der am Ende gelegt werden könnte, wenn sie einen bestimmten Ausspruch enthält, und daß auch die Masse der Bevölkerung dieser Resolution gegenüber doch eine gewisse Gleichgültigkeit bewahrt. Wenn aber nicht in den Worten der Resolution die Gedanken ihren Ausdruck gefunden haben, so haben sie selben offenbar in der Debatte erlangt. In der Richtung glaube ich auf Dasjenige zurückzukommen, was der Abg. Dr. Herbst bei einem anderen Anlasse so richtig bezeichnet hat, in der Debatte liegt der eigentliche Schwerpunct, mehr in der Debatte als in den Beschlüssen.

Und weil nun die Debatte eine Reihe von Anklagen gegen die Regierung hervorgebracht hat, so erlaube ich mir auch auf die Puncte der Debatte umfassend zurückzugreifen.

Trügt mich mein Gedächtniß nicht, so sind es eigentlich vier Momente, die vorzugsweise gegen die Regierung vorgebracht wurden, daß hiedurch ihr Vorgehen von ihren treuen Alliirten, den deutschen Mittelstaaten, sich bleibend gewendet und damit in die deutsche Politik einen unheilbaren Riß gebracht, daß die Allianz mit Preußen, was die Leitung der äußeren Angelegenheiten betrifft, nicht erfolgreich, daß sie aber dagegen höchst gefährlich für unser inneres Verfassungsleben sei — daß die Politik, die die Regierung eingeschlagen hat, überhaupt nicht eine echt österreichische sei — endlich daß die Regierung über die Endziele ihrer Politik mit sich selbst, wie es scheint, nicht im Klaren ist. Was den ersten Vorwurf betrifft, daß wir durch unsere Politik unseren treuen bisherigen Alliirten, den Mittelstaaten Deutschlands, den Rücken gekehrt und einen unheilbaren Riß nun zwischen uns und das übrige Deutschland gebracht, so darf ich wohl behaupten und es aussprechen, es werde kaum in diesem Hause irgendein Mitglied mehr lebendige Sympathien für Deutschland empfinden als ich, wäre es am Ende auch nur deßhalb, weil ja Frankfurt der Platz war, wo ich zuerst meine politische öffentliche Thätigkeit entwickelt habe, weil mich mein Wirken in Frankfurt mit hunderten der ausgezeichnetsten deutschen Männer in Verbindung gebracht, weil ich viele derselben zu meinen persönlichen Freunden jetzt noch zähle. Aber auch abgesehen davon würde ich es als unheilvoll erkennen, wenn der Riß, der momentan zwischen Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten getreten, ein bleibender würde, und wenn nicht Alles aufgeboten würde, denselben wieder zu heilen. Momentan, gebe ich zu, ist eine solche rasche Heilung kaum möglich, wer wird sich darüber täuschen über jene Anschauungen, über jene Gefühle, die gegenwärtig in der schleswig-holstein'schen Frage bestehen?

Die öffentliche Meinung, die sich darüber so einstimmig kundgiebt, zu ignoriren, wäre der ärgste politische Fehler. Aber, m. H., ganz offen gesprochen, große politische Fragen werden am Ende mit Begeisterung, mit Enthusiasmus und warmem Gefühle allein nie dauernd gelöst. Sie müssen dabei dem klaren Verstande und der nüchternen Betrachtung der Verhältnisse auch einiges Gewicht einräumen.

Ich bin entfernt nur leise tadeln zu wollen, daß ein lebendiges Gefühl für die Rechte der Elbeherzogthümer ein begründetes sei, und ich begreife, daß der Gedanke, daß ein Brudervolk lange von einem Staate unterjocht und im Genusse der heiligen Rechte gestört wurde, gerechte Entrüstung hervorruft. Aber auch das, was man anstreben will, was man wünscht muß denn doch in eine gewisse Betrachtung gezogen werden. Man muß zwischen dem, was man wünscht und dem, was man verständiger Weise erreichen kann denn doch einen Unterschied machen. Die ruhigsten Männer in Deutschland werden, ich gebe es zu, von der gegenwärtigen Strömung ergriffen sein, sie werden sich aber am Ende doch nicht darüber täuschen, daß eine bleibende Lösung der so wichtigen Frage in den Elbeherzogthümern nur dann zustandekommen wird wenn man nicht bloß den Wünschen und Gefühlen Rechnung trägt, sondern wenn man die bestehenden Verhältnisse würdigt und wenn man nicht vergißt, daß die Karte von Europa auf gewisse Verträge gegründet ist und daß ein leichtsinniges Aufgeben dieser Verträge einen unheilvollen Bruch in alle unsere socialen und staatlichen Zustände brächte.

Wird man endlich zur Ueberzeugung kommen, daß der Schritt, den Oesterreich und Preußen jetzt gemeinsam thun, wirklich nur in der Richtung geschieht, um den Rechten der Elbeherzogthümer gerecht zu werden, daß man in der That gar nicht Sympathien für eine Regierung hat, auf deren Truppen man mit Kanonen schießt, dann glaube ich, daß auch die öffentliche Meinung in Deutschland ruhiger werden wird, daß man gerne dahin kommen wird, endlich einzusehen, daß das, was von Oesterreich und Preußen in den Elbeherzogthümern geschieht, eigentlich doch nur im deutschen Interesse geschieht und daß man in der Frage nicht so weit auseinander steht, als es zur Zeit den Anschein gewinnt.

Die k. Regierung — das darf ich im Namen aller meiner Collegen versichern — legt auf ein freundliches Einvernehmen mit den deutschen Mittelstaaten den allergrößten Werth; sie wird nichts verabsäumen um dieses gute Einverständniß anzubahnen und dauernd zu befestigen; und wenn wie behauptet wird, von dem Momente an in Deutschland uns allgemein die Sympathien zugewendet wurden, als bei uns das Verfassungsleben begonnen hat, so wird in dem treuem Festhalten am Verfassungsleben, wie ich denke der Ausgangspunct dafür sich finden, daß die freundlichen Beziehungen zwischen den deutschen Mittelstaaten und Oesterreich wiederhergestellt werden. Ich glaube daher, daß der Riß allerdings in diesem Momente vorhanden ist, aber es werde gelingen denselben bald zu heilen, und ich hoffe, jenes Saatkorn, welches durch die Kaiserfahrt gelegt wurde, werde am Ende doch zu jenem Baume sich entwickeln, unter welchem alle deutschen Staaten als einige und als freie Staaten ihren Ruhepunct finden werden. (Bewegung.)

Das Allerwichtigste, was im Laufe der Debatte vorgekommen ist, waren jene Anklänge über die Zustände unserer inneren Politik, die man mit der Allianz mit Preußen in Verbindung gebracht hat.

Das Wort Reaction hat zu verschiedenen Malen in diesem Saale getönt. Es hat nicht gerade in diesen vier Tagen geklungen; erinnere ich mich recht, so ist dieses Wort schon einige Wochen in der Luft gehangen und hat nach allen Richtungen hin seinen Ausdruck gefunden. Daß es am Ende die Allianz mit Preußen nicht allein sei, welche diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht hat, das bezweifle ich, weil eben die Beziehungen mit Preußen erst seit einigen Wochen inniger geworden sind, während die Vorwürfe die in der angedeuteten Richtung allgemein erhoben wurden, viel früheren Datums sind.

Gestatten Sie mir, daß ich sogar eine etwas persönliche Angelegenheit bei dieser Gelegenheit zur Sprache bringe, weil sie mit dazu gedient hat — ich darf es aussprechen — die öffentliche Meinung irre zu leiten. Es ist das die sogenannte Ministerkrisis, die vor vier oder mehr Wochen auch unsere Publicistik beschäftigt hat, die man in Verbindung bringen wollte mit einem Wechsel des Systems, mit einem Verlassen der constitutionellen Bahn. — Sie werden es würdigen, wenn von Dem, was ein Minister mit seinem erhabenen Herrn persönlich zu verkehren hat, wohl nicht ein Wort über meine Lippen dringt; Sie werden sich daher mit der Erklärung, denke ich, beruhigen, daß ich nur den Intentionen meines kaiserlichen Herrn entspreche — Intentionen, die mir auch die jüngste Zeit abermals klar gemacht hat — wenn ich für das constitutionelle Leben in Oesterreich, wenn ich für den Ausbau der Verfassung, wenn ich für die Ausdehnung der Verfassung über den Umfang des Reiches alle meine Kraft einsetze. (Bravo, Bravo!) Die jüngste Zeit hat mir das Glück geboten, gerade darüber die beruhigendsten Erklärungen seitens meines kaiserlichen Monarchen zu erhalten, (Bravo, Bravo!), Erklärungen, die mir den Muth gegeben, in meiner schwierigen Mission treu auszuharren. (Bravo, Bravo!) Worte, Reden, die in dem andern Hause gehalten wurden, die wurden auch so gedeutet, als wenn man in maßgebenden Kreisen daran denke, einen Wechsel des constitutionellen Lebens eintreten zu lassen. M. H., man hat sogar von Seiten eines mir befreundeten Mannes der Regierung es zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht mit irgend einer Gegenerklärung aufgetreten sei.

Der Grundpfeiler eines jeden Verfassungslebens ist nächst der Preßfreiheit ganz gewiß auch die Redefreiheit, und ein wahres Verfassungsleben wird sich nur dort dauernd entwickeln, wo alle Meinungen unumwunden ausgesprochen, durch den Austausch der Meinungen die wahre Klärung in große Fragen gebracht wird. (Rufe: Sehr gut!) Wenn daher einzelne Mitglieder des Herrenhauses über das Verfassungsleben, über seinen Ausbau, über die Anwendung der Verfassung auf einzelne Fragen des Tages vielleicht irgendeine Meinung aussprachen, die nicht den Anschauungen der Majorität dieses Hauses entspricht, wo liegt da eine Gefahr für unser Verfassungsleben? Ich erkenne diese Gefahr gar nicht; mir ist es von unschätzbarem Werthe, wenn die Meinungen offen ausgesprochen werden (Bravo!), wenn das Wort an das Tageslicht tritt, wenn man es unterläßt, im Stillen zu wirken. Das ist eines Mannes Werth, für seine Ueberzeugung mit seinem Worte aufzutreten, und seine politischen Gegner aufzufordern, sie zu bekämpfen, wie es eben auch im Herrenhause geschehen ist. (Bravo, Bravo!) Es lag daher in dieser Debatte, wie ich glaube, für die Regierung gar kein Anlaß, von ihrer Seite mit einer Erklärung vorzutreten, so wie sie es überhaupt gar nicht der Würde angemessen erachtet, ewig mit Betheuerungen einzustehen, nachdem sie auf die entschiedenste Weise ihre Anhänglichkeit und Treue für die Verfassung ausgesprochen hat. (Bravo!) Gegenüber jenen Aeußerungen glaube ich mich wohl in Kürze fassen zu können, wenn man meint, daß die Stellung eines Ministerpräsidenten in einem benachbarten Staate von irgendeinem Einfluß auf unser Verfassungsleben sei. Ich glaube, der Minister hat mit seinen eigenen Angelegenheiten genug zu thun, als daß er sich auch noch um unsere inneren bekümmern würde. (Heiterkeit.) Das aber darf ich erklären, daß bis jetzt nicht die fernste Zumuthung in dieser Richtung an unsere Regierung gekommen ist, und daß ich vollkommen überzeugt bin, mein verehrter College, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten würde nicht wanken, welche Erwiderung er dann zu ertheilen hätte, wenn eine solche Zumuthung an uns gerichtet werden würde. (Bravo!) Ich glaube daher, m. H., daß aus dieser Beziehung mit Preußen was die Leitung der äußeren speciellen Frage betrifft, die unbezweifelt von Vortheil für die Lösung dieser Angelegenheit ist, auf unser inneres Verfassungsleben durchaus nicht irgendeine Consequenz gezogen werden kann, daß sie dasselbe ganz unberührt läßt und daß daher alle jene Bedenken, die auf unsere constitutionellen Zustände aus der Allianz mit Preußen abgeleitet werden wollen, durchaus unbegründet sind. (Schluß folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Februar.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben dem katholischen Gesellenverein zu Wien 200 fl. gespendet.

Der dänische Gesandte Baron Bülow wird heute Abends oder morgen Früh Wien verlassen.

Der Banus FML. Baron Šokčewić wird heute hier erwartet.

Ueber das Befinden des Herrn Bürgermeisters Dr. Zelinka wurde heute 9 Uhr Morgens folgendes Bulletin ausgegeben: Die Nacht hindurch ruhiger Schlaf, die Krankheit in stetiger Abnahme.

Licentiat Dr. Böhl aus Basel ist zum ordentlichen Professor der reformirten Dogmatik und Symbolik an der Wiener evangelisch-theologischen Facultät ernannt worden.

Die „Corresp. Figlowsky" meldet, daß das im Preß-Processe der „Presse" gefällte Urtheil, wodurch Hr. Zang und Herr Mitter wegen mangelhafter Obsorge zu Geldbußen, Dr. Friedländer zu 3 Wochen Arrest verurtheilt wurden &c., im Wege der allerhöchsten Gnade nachgesehen worden sei.

Deutschland.

Wie verlautet, hatte der General-Feldmarschall Freiherr v. Wrangel am 30. Januar die schriftliche Aufforderung zur Räumung des Herzogthums Schleswig an den dänischen Oberbefehlshaber General de Meza durch zwei Officiere seines Stabes überreichen lassen. Die ablehnende Antwort des Letzteren erfolgte am 31. Januar, und nun wurde am 1. Februar früh sofort aufgebrochen, und die schleswig'sche Grenze von den Preußen und den Oesterreichern überschritten.

Der „Preußische Staatsanzeiger" enthält die am 30. Jänner von Wrangel an Generallieutenant Meza übersandte motivirte Aufforderung Schleswig zu räumen, unter Beifügung der preußisch-österreichischen am 16. Jänner in Kopenhagen übergebenen Note, nebst dem Antwortschreiben Meza's. Letzteres lautet: „Unterzeichneter vermag ebensowenig das Recht der österreichisch-preußischen Truppen, irgend einen Theil des dänischen Reiches zu besetzen, als die Folgerichtigkeit des beigefügten Documents nach seinem Inhalt anzuerkennen, hat auch von seiner Regierung eine der Zumuthung ganz entgegengesetzte Instruction, und steht bereit jeder Gewaltthat mit den Waffen zu begegnen." — Der Staatsanzeiger bringt ferner eine Proclamation Wrangels an die Schleswiger, worin unter Anderem gesagt wird: Wir kommen, um Eure Rechte zu schützen. Die Verwaltung des Herzogs werden Civil-Commissarien Oesterreichs und Preußens übernehmen, deren Anordnungen Gehorsam zu leisten ist. Die Proclamation räth schließlich ab von Parteiagitationen, welche der Oberbefehlshaber im Interesse der Schleswiger selbst nicht dulden dürfe.

Wie gestern tel. gemeldet, hat bereits am 1. d. bei Eckernförde und bei Windeby ein Gefecht zwischen Preußen und Dänen stattgefunden. Der dänische Panzer-Schooner „Esbern-Snare" und die Schrauben-Corvette „Thor" wurden nach einer einstündigen Kanonade durch 4 preußische Batterien verjagt. Die Verluste sollen gering sein. (Windeby liegt südwestlich von Eckernförde, am Südrande des Windebyer Noors, Eckernförde liegt auf der Landzunge, welche das Windebyer Noor und die Eckernförder Bucht von einander scheidet). Die Stadt Eckernförde wurde nach kurzem Kampfe von den Preußen genommen, welche auch die Höhen jenseits der Stadt besetzten.

Um dem Vorrücken der „Armee für Schleswig-Holstein" gleich in dessen Beginn Hindernisse in den Weg zu legen, haben die Dänen die Uebergänge über die Sorge, welche den ersten haltbaren Bodenabschnitt bildet (bei Sorgbrück und Stentenmühle, zwei aus dem letzten Kriege sehr bekannte Sammelpuncte der schleswig-holsteinischen Vorposten) sowie die Canalbrücke bei Levensau gesprengt.

Im großen Hauptquartier des General-Feldmarschalls v. Wrangel befindet sich den „Hamb. Nachr." zufolge zur Zeit auch der Prinz Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, einer der älteren Brüder des Königs Christian IX. von Dänemark. Der Prinz, von dem früher dänische Blätter behaupteten, daß er in dänische Dienste treten werde, ist bekanntlich österreichischer Feldmarschall-Lieutenant und Ober-Inhaber des Regiments „Holstein Infanterie" (Italiener), das zu dem mobilen österreichischen Corps der „Armee für Schleswig-Holstein" gehört. Dem großen preußischen Hauptquartier wird ein Civilcommissar, sowie eine diplomatische Canzlei beigegeben werden.

Wie das preußische Militär-Wochenblatt meldet, ist dem Prinzen Johann von Schleswig-Holstein-Glücksburg (jüngstem Bruder des gegenwärtigen Königs Christian IX. von Dänemark) unterm 12. Jänner der Abschied aus der preußischen Armee, in welcher er den Rang eines Majors à la suite bekleidete, bewilligt worden.

Nach der „N. F. Z." sollen die Herren v. Könneritz und Nieper im Begriff stehen, ihre Entlassung als Bundescommissare zu nehmen. Es ist auch anzunehmen, daß sich der sächsische General v. Hake nicht sehr behaglich in Holstein fühlt. (Damit, meint die „N. P. Z.", soll wohl angedeutet sein, daß es die Soldaten als solche schmerzt, in Holstein stehen bleiben zu müssen, während Oesterreich und Preußen vorgehen. Lediglich ist das aber die Folge der Politik des Herrn v. Beust; hätte er nicht den Großmächten opponirt in Bezug auf Schleswig, so würden die sächsischen und hannoverschen Executions-Truppen wahrscheinlich jetzt die Avantgarde bilden in Schleswig.)

Der Großherzog von Oldenburg hatte in Berlin eine längere Unterredung mit dem König, in der er sich über den von preußischen Truppen gewaltsam erzwungenen Durchmarsch durch die Enclave Eutin beschwerte und für diese Verletzung seiner Hoheitsrechte Satisfaction verlangte. Man hat ihm erwidert, daß man aus militärischen Gründen das Eutiner Ländchen leider nicht habe umgehen können, daß man aber die Erzwingung des Schlagbaumes bei Schwartau sehr bedauere, und das Verfahren des betreffenden Commandeurs entschieden mißbillige. Diese Erklärung soll den Großherzog zufriedengestellt haben.

Das in Kulm erscheinende Polnische Blatt „Przyjaciel ludu" bezeichnet in seiner letzten Nummer den Schuhmacher Michael Kowalski aus Strasburg öffentlich als einen Steuererheber der Polnischen Nationalregierung, der sich namentlich im Kreise Löbau herumtreibe und denjenigen die ihm keine Steuern zahlen wollen, mit Erhängen und anderen Gewaltthätigkeiten drohe. Es wurden sogar mehrere Ortschaften im Strasburger und Löbauer Kreis namhaft gemacht, wo Kowalski Steuern erhoben und diese Drohung ausgestoßen habe. In Folge dessen wurde vom hiesigen Landrathsamt auf den von seinen eigenen Landsleuten denuncirten Steuererheber der Polnischen Nationalregierung gefahndet und derselbe am 25. d. in der hiesigen Stadt festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Kowalski soll, erbittert über die von einem Polnischen Blatte gegen ihn erhobene Denunciation ein offenes Geständniß abgelegt haben, durch welches mehrere Polnische Gutsbesitzer des Strasburger Kreises stark compromittirt sind.

Ein polnischer Insurgent, der nach Königgratz internirt werden sollte, und dem es in Pardubitz beim Wechseln der Waggons gelang, zu entfliehen, kam bis Glatz, wo er angehalten wurde. Am 23. d. sollte er nach Nachod gebracht werden, es gelang ihm aber unterwegs, abermals zu entweichen.

Frankreich.

Paris, 31. Jänner. Morgen Mittag 1 Uhr will, wie der Moniteur anzeigt, der Kaiser die Adreß-Deputation des gesetzgebenden Körpers empfangen. Es darf sich aber kein anderer Deputirter den 20 durchs Loos bestimmten anschließen. Unter letzteren befinden sich Picard, Marquis d'Avrincourt, Graf Wendel &c. Theophile Gautier (bekanntlich Theater-Kritiker im Moniteur) befand sich unter den Personen, die am letzten Freitag bei der Gelegenheit der Emeute der Schüler der Ecole des Beaux Arts verhaftet wurden. Er wurde jedoch wieder sofort in Freiheit gesetzt. Nieuverkerke sagte gut für ihn. — Eine Brochure, die so eben bei Dentu erscheint und die, wenn sie nicht officiösen Ursprungs ist, mindestens von einem Mann herrührt, der dem Regime damit einen Dienst zu erweisen glaubt, plaidirt für einen „Congrès continental" (diesen Titel hat die Flugschrift!), wobei die Mißlichkeit der Wortfassung des „Congrès restreint" umgangen und England somit von vornherein als ausgeschlossen zu betrachten ist.

Am 27. v. Mts. erschien wie erwähnt vor dem Assisenhof des Seine-Departements Henry Shaw aus Newcastle, der den bekannten Diamantendiebstahl im Hotel des hier lebenden Herzogs von Braunschweig begangen. Der Herzog selbst hatte sich von dem Großsiegelbewahrer die Erlaubniß erwirkt, nicht als Zeuge vor Gericht erscheinen zu müssen. Der Angeklagte, dessen eigentlicher Name und Antecedentien nicht ermittelt werden konnten, verweigert über die Gründe seines Verbrechens, wie über seine Vergangenheit jede Auskunft, und verzichtet darauf, sowohl von einem Advocaten vertheidigt zu werden, als selber sich zu vertheidigen. Die ganze Sache gewinnt hiedurch einen gewissen mysteriösen Charakter, der durch die Versicherung des bekannten, anfänglich zum Vertheidiger bestellten Advocaten Lachaud, er könne die ihm von den Angeklagten unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgetheilten Gründe eines so eigenthümlichen Verhaltens nur billigen, noch ungemein gesteigert wird. Nur so viel geht aus den Worten Lachaud's hervor, daß der Angeklagte nur aus Rache gegen den Herzog den Diebstahl begangen haben will. Er wurde zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Der Werth der von ihm gestohlenen Pretiosen wird auf 2.900,000 Francs geschätzt. Diamanten im Werth von etwa 135,000 Francs wurden nicht wiedergefunden, und man weiß bis jetzt nicht, was Shaw damit angefangen hat.

Spanien.

Das spanische Ministerium hat von den Cortes eine Unterbrechung der Session auf vierzehn Tage begehrt, um in diesen Tagen seine Gesetzentwürfe ausarbeiten zu können. Dieses Verlangen ward einstimmig bewilligt.

Dänemark.

Nach der Londoner „Shipping-Gazette" hat die dänische Regierung in Glasgow einen der Vollendung nahen Dampfwidder gekauft. Dies ist das zweite Widderschiff der Dänen. Das erste, ein Kuppelschiff, nach dem Plane von Capitän Coles gebaut, 1246 Tons groß, mit einer Maschine von 240 Pferdekraft versehen, wurde von den Herren Napier bezogen und bildet nun als Rolf Krake einen Theil der dänischen Flotte. Das neue ist ein bedeutend stärkeres Schiff; dasselbe ist 3500 Tons groß und hat eine Maschine von 500 Pferdekraft.

Die feste Stellung in Schleswig, in welcher die Dänen, wie es scheint, den Angriff der deutschen Truppen erwarten, wird gewöhnlich das Danewerk (Dannewirke) genannt; doch bildet dieses Werk nur einen Theil der befestigten Stellung. Dieselbe erstreckt sich in einer

Entfernung von 3 bis 4 Meilen nördlich von der Eidergränze in der Richtung von Westen nach Nordosten quer durch das ganze Herzogthum Schleswig, und ist schon wegen dieser großen Ausdehnung nur durch eine bedeutende Truppenmasse zu halten. Die Dänische Stellung wird von Westen aus von Tönning an der Eider bis Friedrichstadt durch diesen Fluß gedeckt. Von Friedrichstadt über Hollingstedt bis Ellingstedt, wo das eigentliche Danewerk beginnt, decken zwei andere Flüsse, die Treene und die Rheider Aa, die Stellung, zwei Wasser, welche durch Aufstauen noch mächtiger gemacht werden können, natürlich wenn kein harter Frost einfällt. Das eigentliche Danewerk nun besteht nicht mehr aus dem alten Margarethenwall (die schwarze Margareth, die Dänische Semiramis, ist die erste Erbauerin des Dannewerks gewesen), sondern aus einer Verbindung von zwei und drei Linien von Schanzen und Erdwerken aller Art, welche sich gegenseitig unterstützen. Diese Werke gehen hinauf bis zur Stadt Schleswig und dem Schlosse Gottorf, von wo die breite Schlei in noch stärkerer nordöstlicher Richtung die Dänische Stellung bis zur Ostsee deckt. Der Uebergang über die Schlei ist bei Missunde, welches durch einen starken Brückenkopf und andere Werke gedeckt ist. Wenn die Schlei fest gefroren ist, dürfte diese fünf Meilen lange Linie von Schleswig bis zum Meere kaum zu halten sein. Die Dänen haben deshalb Maßregeln getroffen, um an einzelnen wichtigen Stellen das Wasser offen zu erhalten. Die ganze Linie von Tönning an der Nordsee bis zum Ausfluß der Schlei in die Ostsee hinter Kappeln beträgt etwa 13 Meilen.

Italien.

Wie man dem „Frdbl." aus Rom schreibt, wurden in Neapel und Palermo zwei Deputationen gewählt, um dem König Franz II. in Rom persönlich eine Neujahrsadresse zu übergeben und die jetzigen Leiden und Drangsale der einst glücklichen Provinzen zu schildern. Um den Mitgliedern der Deputation Verfolgungen zu ersparen, habe der König den Abgang der Deputation verhindert; die Adresse sei indeß auf anderem Wege in die Hände des Königs gelangt. Der König ließ den Unterzeichnern antworten, daß er nicht so sehr seine Verbannung, wie das Unglück seines Vaterlandes beklage, daß man mehr als je Vertrauen auf den endlichen Sieg der gemeinschaftlichen Sache haben müsse und daß der Moment gekommen sei, um eben so thätig zu arbeiten, wie er selbst es thue.

Rußland.

Der „Pos. Ztg." zufolge ist der ehemalige Insurgentenchef Edmund Taczanowski, nachdem er wegen Verlassens seiner Abtheilung vor ein Revolutionskriegsgericht gestellt und von demselben freigesprochen war, über Paris nach Constantinopel gegangen und dort gegenwärtig mit der Organisation eines Freicorps beschäftigt, welches die Bestimmung hat, durch die Moldau in das Königreich Polen einzurücken. Zahlreiche polnische Emigranten aus England und Frankreich haben sich bereits in Constantinopel gesammelt, um in diese Abtheilungen einzutreten, die bestimmt sein sollen, Mitte Februar duch die Moldau in die Ukraine einzudringen. Die Formirung dieser Abtheilungen soll im Einverständniß mit Sadik Pascha von Mierosławski veranlaßt sein.

Bei Sieradz stieß am 24. v. M. eine aus 30 Mann Infanterie und 10 Kosaken bestehende Patrouille auf eine Insurgentenabtheilung, welche, etwa 60 Mann stark, sich unter einem gewissen Gustowski gesammelt hatte und eigentlich aus 4 Schaaren bestand, deren einzelne Anführer sich zwar unter das Obercommando Gustowski's gestellt, aber im Augenblick des Zusammentreffens mit den Truppen dessen Befehlen nicht gehorchen, sondern ebenfalls als Oberbefehlshaber gelten wollten. Die Truppen griffen sofort an, und ehe die streitigen Führer sich zu irgend etwas entschließen konnten, war die Schaar bereits gänzlich geschlagen, und was nicht gefallen oder gefangen war, zerstreute sich in den dichten Wald.

In der Restauration „Tivoli" der Polin Zwolińska in Warschau, welche von einem der früher Verhafteten als der Ort bezeichnet worden, an welchem „die höchsten Beamten der Organisation der Dolchmänner" tägliche Sitzungen hielten, wurden, wie der Correspondent der „N. P. Z." meldet, 32 verdächtige Personen verhaftet. Auch die Inhaberin, ihre Tochter und das ganze Dienstpersonale wurden gefänglich eingezogen. Die ersteren beiden sind durch eine Menge wichtiger Papiere, die man bei ihnen gefunden, sehr stark compromittirt. Von den anderen werden als besonders verdächtig Wojciech Kwiatkowski, Stanisław Strański, Władysław Madzielewski und Michael Wangrocki genannt. Bei letzterem fand man ein revolutionäres Petschaft, welches er eben auf dem Hof des Untersuchungsgefängnisses gefunden zu haben vorgab.

Donaufürstenthümer.

Aus Bukarest, 24. Jänner, wird der „General-Correspondenz" geschrieben: Die Nachricht von einer Conferenz der garantirenden Mächte eventuell mit Ausnahme von Rußland, in welcher Sir Lytton Bulwer einen Entwurf vorlegen werde, um den anarchischen Zuständen in den Donaufürstenthümern ein Ende zu machen, hat hier einen sehr deprimirenden Eindruck gemacht. Man fürchtet — und auch wohl nicht mit Unrecht — daß der Entwurf des Herrn Bulwer Bestimmungen enthalten könne, welche die Rechte der „hohen Pforte", die man hier seit Jahren geflissentlich ignorirte, aufs Neue constatiren. — Die von einigen Journalen gebrachte Nachricht, daß Fürst Cusa aufs Neue von der hohen Pforte die Dictatur für die Dauer von 5 Jahren verlangt habe, ist unrichtig. Die Nachricht dürfte sich auf dem schon im Laufe des August in Constantinopel eingereichten Constitutions-Entwurf gründen, dessen letzter Paragraph die Dictatur bis zur Einführung der neuen intentirten Constitution in Anspruch nimmt. Der ganze Entwurf, inclusive des quästionirten Paragraphen wurde von der hohen Pforte und den garantirenden Mächten abgelehnt und der Hospodar hat durchaus keine Ermuthigung erhalten, um so schnell auf seine Wünsche zurückzukommen.

Amerika.

Der „Atrato" bringt Näheres über die schauderhafte Katastrophe, welche sich in Santiago, der Hauptstadt Chili's, am 8. December, am Feste der unbefleckten Empfängniß, zugetragen hat. An jenem Tage war in der Kirche de la Lamponia eine bedeutende Menschenmenge versammelt, unter denen man 3000 Frauen aus den angesehenen Ständen und einige hundert Männer zählt. Kaum hatte der Gottesdienst begonnen als die Kerzen, die unter dem Bilde der heiligen Jungfrau brannten, die Draperieen anzündeten. Der Brand theilte sich bald dem ganzen Gebäude mit und es erfolgte darauf eine schreckliche Scene. Die meisten Männer konnten entfliehen, aber mit den Frauen war es anders. Von der Decke des Gebäudes fiel ein wahrer Feuerregen auf ihre leicht brennenden Kleider herab. Innerhalb einer Viertelstunde verloren ihrer zweitausend (?) das Leben. Die unter den Trümmern hervorgezogenen halbverbrannten Leichen wurden auf zweihundert Wagen fortgeschafft.

Zur Tagesgeschichte.

** Se. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Karl Ludwig hat von der Frau Gräfin Meran das Schloß Rottenstein in Obermais (Tirol) angekauft.

** Die Menagerie in Schönbrunn dürfte im künftigen Jahre eine neue werthvolle Verschönerung erhalten, indem die Einrichtung eines Gebäudes für Schlangen seltener Art beantragt worden ist.

** Unser Landsmann, der Componist Abert in Stuttgart war vom Fürsten v. Hohenzollern-Hechingen nach Schloß Löwenberg (in Preußisch-Schlesien) geladen worden, um daselbst die Aufführung seiner neuesten Composition „Columbus" zu dirigiren. Unterwegs ist derselbe jedoch durch einen Sturz so bedenklich erkrankt, daß er, wie der „Allg. Ztg." geschrieben wird, mehre Wochen das Bett wird hüten müssen.

** Vor einigen Wochen hat sich im Lager des unionistischen Generals Hooker folgender Vorfall ereignet: Es war Mitternacht. Vor dem Lager befand sich ein Artilleriepark und, noch weiter vorgeschoben, ein umschossener Raum mit 300 aufgeschirrten Mauleseln. Die Sonderbündler unternahmen einen Ueberfall auf das Lager. Auf die ersten Schüsse wurden die Maulthiere unruhig; sie erschracken und entsetzten sich. Eines derselben sucht durch die Palissaden zu entkommen und durchbricht sie; alle anderen folgen. Der Zufall führt sie in directer Linie auf den Feind. In der Dunkelheit bildet dieser sich ein, von einem Cavallerie-Regiment angegriffen zu werden und macht Kehrt, flieht, so schnell es die Beine erlauben, läßt die ganze Bagage hinter sich und außerdem 1600 ganze neue Flinten. Die berühmten Gänse des Capitols sind unsterblich geworden, blos weil sie geschnattert hatten; Ehre den Eseln von Chatanooga, welche ganz allein einen feindlichen Angriff zurückschlugen!

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 4. Februar.

* Nach den vorgelegten Preisen der hiesigen Bäcker ist das wohlfeilste Gebäck im Monate Februar zu haben bei Karl Górsiewicz (Slawkower Gasse), Adalbert Jachimski (Schuster-Gasse), Hyacinth Koch (Stephansplatz) und Johann Wątorski (Nikolaus-Gasse) 4¼ Loth Wiener Gewicht Weizen-Brod für 1 kr. öst. W.; bei Franz Henisz (Schuster-Gasse) und Kilian Merkert (Stephans-Gasse) 6 Loth W. Gew. Roggen-Brod für 1 kr.; bei Wilhelm Ilming (Tischler-Gasse), August Rosch (Weichsel-Gasse), Franz Scheirich (Stephansplatz) und Johann Wątorski (Nikolaus-Gasse) 2½ Loth W. G. feine Semmeln für 1 kr.; bei Marianna Hellebrand (Kazimierz) und Karl Raciński (Florianer-Gasse) 3½ Loth W. G. ordinäre Semmeln für 1 kr. österr. Währ.

* Gestern ging die Operette „Salon Pitzenberger" das dritte Mal über die Bretter. An dem Beifall, mit welchem die Musik aufgenommen wird, hat die wackre Leitung des Orchesters durch den Capellmeister des Theaters H. Schwartz großen Antheil. Herr Weidmann belustigte durch eine frische Ladung von Bonmots, die seinem Humor in seltener Fülle zu Gebot steht. Nächsten Sonntag, dem letzten im Fasching, will er es mit einer anderen „Fülle" Bonbons versuchen. Er arrangirt nämlich, wie wir hören, zum Beschluß des Carnevals und Schluß der bisherigen Sonntagsredouten im Redoutensaal einen Faschingsschmaus im Wiener Genre, wo nach Tempeltanz (?), Glückspielen, Geistercitirungen und anderen Schnacken Prinz Carnovale unter Heiterkeit zu Grabe getragen werden soll. Als Anziehungsmittel figurirt auf der Affiche besonders eine Spielart des bekannten Bohnensuchens, bei dem der glückliche Gewinner in den Besitz eines vollwichtigen Dukaten gelangt. Gold in Krapfen für Einen, für den Rest — Kuchen.

* Beim Eintreffen des Separat-Lastzuges Nr. XI am 31. Jänner d. J. Abends in Rzeszów wurde der Zugführer Conducteur Kamiński vermißt. Die gleich darauf aus der Station Trzeciana eingetroffene Depesche meldete, daß der Genannte, der wahrscheinlich vom Zuge heruntergefallen, zwischen dem Wächterhaus Nr. 134—135 leblos gefunden wurde.

* In Gorzyce bei Zmigród wurde in der Nacht zum 23. Januar während eines heftigen Sturmwetters im Edelhof ein frecher Raub verübt. Die Diebe gelangten nach Herausnahme des Doppelfensters in die gerade nicht bewohnten Vorderzimmer, zündeten Licht an, brachen Kästen und Laden auf, und nahmen, dabei kein Geld findend, alles was sie sonst werthvolles fanden, mit sich, als Wäsche, Tischsilber, Uhren, Bettzeug rc. So berichtet man der „Chwila" unterm 27. v. mit der Beifügung, gleich Tags darauf hätte es in Zmigród geheißen, daß Insurgenten dies verübt und sie sogar nach dem Gutsherrn geschossen hätten. Der unterzeichnete Herr Sewerin Macudziński aus Gorzyce beeilt sich diese letztere Gerücht für eine Fabel zu erklären, da von der Existenz von Insurgenten man dort überhaupt nichts wisse, nach allen Indicien und seiner innersten Ueberzeugung wären die Urheber des Raubanfalls berüchtigte im nächsten Dorf angesiedelte Diebe gewesen geführt von Leuten, denen er Wohlthaten erwiesen und sogar das tägliche Brot für die Zukunft gesichert.

* Am 29. v. M. stand Herr Bohdan Dziedzicki, Redacteur des russischen Journals „Słowo", vor den Schranken des k. k. Landesgerichtes in Lemberg, angeklagt der im §. 302 des Strafg. vorgesehenen Uebertretung durch Aufreizung der gr.-kath. gegen die römisch-katholischen Bewohner dieses Landes, d. h. nach den hierländigen Verhältnissen der Ruthenen gegen die Polen, begangen durch vier Artikel obiger Zeitschrift. Die k. k. Staatsanwaltschaft beantragte Arrest von 14 Tagen, 100 fl. Cautionsverlust, Verbot der Verbreitung, ferner die Veröffentlichung des Urtheils. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten für schuldlos. Die Vertheidigung führte der Advocat Herr Dr. Czemeryński.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Man beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Plane, Rußland und Dänemark mit einander durch einen unterseeischen Telegraphen zu verbinden. Reuter, der Chef des Telegraphenbureaus in London, hat sich mit zwei preußischen Ingenieuren, Simens und Halske, associirt, um dies Unternehmen in Ausführung zu bringen. Die Vorschläge, welche diese Herren gemacht haben, liegen jetzt der Oberverwaltnng für das öffentliche Communicationswesen in Rußland vor. Der Telegraph wird bis Libau von den genannten Herren geliefert, von Libau aus wird die russische Regierung die Kosten seiner Weiterführung nach St. Petersburg übernehmen.

Breslau, 1. Februar. Amtliche Notirungen. Preis für eine preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. — 5 kr. öst. W. außer Agio: Weißer Weizen von 52 — 66. Gelber 50 — 58. Roggen 37 — 41. Gerste 30 — 37. Hafer 25 — 29. Erbsen 38 — 48. — Winterrübsen per 150 Pfund Brutto: 160 bis 180. — Sommerrübsen per 150 Pfund Brutto: 132—152. Rother Kleesaamen für einen Zollcentner (89½ Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl 57½ kr. österreichischer Währung außer Agio) von 9½—13¾ Thlr. Weißer von 8—19 Thlr.

Lemberg, 1. Februar. Holländer Dukaten 5.72 Geld, 5.78 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.74 Geld, 5.89 W. — Russischer halber Imperial 9.91 G., 10.04 W. Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.86 G., 1.88 W. — Preußischer Courant-Thaler 1.81 G., 1.83 W. — Polnischer Courant pr. 5 fl. —.— G., —.— W. Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 72.55 G., 73.25 W. Galizische Pfandbriefe in Conv.-Mze. ohne C. 76.18 G. 76.89 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 71.20 G. 72.— W. National-Anlehen ohne Coup. 79.62 G. 80.37 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 195.33 G. 196.83 W.

Krakauer Cours am 3. Februar. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 109 verlangt, fl. p. 107 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 383 verl., 377 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 81¾ verl., 80¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121 verl., 120 bez. Russische Imperials fl. 10.— verl., fl. 9.85 bez. — Napoleond'ors 9.75 verl., 9.60 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.82 verl., 5.72 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.83 verl., 5.73 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 93⅔ verl., 92⅔ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 73.25 verl., 72.25 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in CM. fl. 77 verl., 76 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 73¼ verl., 72¼ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 80 verl., 79 bez. — Actien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 197 verl., 195 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Die „Chwila" meldet nach einer Quelle, welche man nicht der Uebertreibung beargwohnen könne, daß in diesem Augenblick der Aufstand vielleicht am günstigsten und stärksten in Podlachien stehe, denn dort sei ihm das Landvolk mit ganzer Seele zugethan und nehme an demselben einen thätigen Antheil. Was die „Chwila" von der Betheiligung des Landvolkes am Aufstand sagt, sind faule Fische, wäre dies der Fall, hätte die „Nationalregierung" keine Veranlassung, die Bauern fortwährend mit Schriftstücken zu bombardiren und ihnen goldene Berge in goldenen Briefen zu versprechen. Jedenfalls hätte sie nicht ermangelt, in ihrem letzten erst kürzlich erschienenen Aufruf an die Bauern auf die „glorreiche" Haltung der Landlente in Podlachien hinzuweisen und zur Nacheiferung und Nachahmung aufzufordern. Von allem dem war nicht die Rede; die „Chwila" liebt es eben, dem Thermometer den Daumen auf das Auge zu halten und dann ihre Verwunderung über den hohen Stand des Wärmemessers entzückt in alle Welt hinauszukrähen. In Betreff des Aufstandes in Podlachien dürfte übrigens das Sprichwort: Inter coecos etc. gelten. Außerdem erwähnt die „Chwila" eines Schreibens, in welchem Bosak dem Rębajło in Folge der von Letzterem gelieferten neuen Gefechte für dessen glänzenden Sieg über die Russen vom 17. d. Dank sagt. Es ist dies ein großes Armuthszeugniß, welches die Führer dem Aufstand ausstellen, wenn sie sich gezwungen sehen, über einen so unbedeutenden und nach den gegentheiligen Berichten mehr als zweifelhaften Erfolg über eine kleine Zahl feindlicher Truppen so viel Aufheben zu machen und ihn als glorreichen Sieg zu feiern. Endlich bringt die „Chwila" heute Näheres über ein gestern von ihr erwähntes „Gefecht" auf den Feldern von Sędziszów bei Wodzisław am 31. v. M. Nachmittags, das jedoch kein Gefecht gewesen. Gegen 20 polnische Reiter hätten gerade ihre Mahlzeit gehalten, als sie von 50 Kosaken überfallen wurden. Nach Auswechslung von Schüssen hätten die Kosaken, im Dorf umherjagend, den Sohn des Gutsherrn, Romuald Rusocki, der durch das Schießen herbeigelockt und ohne Waffen war, überfallen und getödtet.

Aus dem Lublinischen berichtet die „Gaz. nar." daß ein Insurgentencorps unter Anführung Rylski's bestehend aus den früher unter Lelewel kämpfenden Soldaten, die jetzt „Lelewels Kinder" genannt werden, am 22. v. M. bei Wierzbica ein günstiges Gefecht bestanden; ebenso Wróblewski bei Kraśnik mit einem Detachement Kosaken, von denen er 10 zu Gefangenen machte. Bei Ruda am Bug haben Leniewski und Marecki ein minder günstiges Gefecht bestanden.

Auch auf neuerdings eingelangte Adressen aus dem Augustow'schen hat der Czar geantwortet, daß das Gouvernement nicht dem Kaiserreich einverleibt werden würde.

Wien, 3. Februar. (Sitzung des Herrenhauses.)

Auf der heutigen Tagesordnung steht der Bericht der politischen Commission über den Gesetz-Entwurf in Betreff der Verpflegsgebühr in öffentlichen Gebär- und Irren-Anstalten. Die Commission beantragt unveränderte Annahme des Entwurfs, wie solcher aus den Berathungen des anderen Hauses hervorgegangen ist.

Das Gesetz wurde nach einer längeren Special-Berathung unverändert nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen und sodann in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Minuten. Nächste Sitzung (des weiteren Reichsraths) morgen. Tagesordnung: Gesetz, betreffend die Einhebung der Einkommensteuer der Industrieunternehmungen; die Nachtragsforderungen für den Preßfond und den Nothstand.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Berathung der Budget-Differenzen begonnen.

Den ersten Differenzpunct bilden die vom Herrenhaus beschlossenen Gehaltserhöhungen für einige Beamte desselben. Das Abgeordnetenhaus stimmt diesem Beschluß des anderen Hauses zu.

Den zweiten Differenzpunct bildet die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Zulage für die Justizbeamten im Status des Ministeriums des Innern im Betrage von 143.000 fl. Hier wurde in der gemischten Conferenz eine Einigung nicht erzielt. Man schreitet nach langer Debatte zur Abstimmung. Das Haus beschließt mit 63 Stimmen die Zustimmung zu dem Beschluß des Herrenhauses unter Aufhebung seines früheren Beschlusses.

Den dritten Differenzpunct bildet der Gehalt des Rectors der Anima in Rom. Dieser Gehalt wird ohne Debatte angenommen. Ebenso der Beitrag für den Bischof von Chur.

Im siebenten Differenzpunct bezüglich der 49.986 Gulden für die croatisch-slavonische Hofkanzlei wird der Antrag des Finanzministers, diese 49.986 fl. als Extraordinarium einzuheben, mit großer Majorität abgelehnt und der frühere Beschluß des Hauses aufrecht erhalten.

Finanzminister von Plener bemerkt beim VIII. Differenzpunct, dahin lautend, daß bei der Position „öffentliche Denkmale" der Beisatz des Abgeordnetenhauses, verlangend, daß diese Angelegenheit vollständig in das Ressort des Staatsministeriums übergehe, gestrichen werde.

Das Haus tritt der vom Herrenhause verlangten Streichung dieses Beisatzes bei. Der IX. Differenzpunkt, betreffend die Tilgung der durch die Staatsgüter bedeckten Schuld an der Bank, wird ohne Debatte nach dem Antrage des Herrenhauses angenommen. (Schluß folgt.)

In der Montagssitzung des Finanzausschusses wurde über die Nachtragsforderung der Regierung von 4 Millionen für Kriegsentschädigungen aus dem Jahre 1859 verhandelt. Die Regierung hat die nöthigen Nachweisungen geliefert. Es wurden nur Bedenken erhoben gegen die Zuerkennung von Verzugszinsen an die zu Entschädigenden, welche bezüglich des weitaus größeren Theiles der Entschädigungsbeträge beantragt war. Von Seite der Regierung wurde sich auf ein in Lombardo-Venetien geltendes Gesetz berufen, welches die Zusprechung von Verzugszinsen erheische. Es wurde sohin ein Comité, bestehend aus den Herren Dr. Giskra, Dr. Herbst und Dr. Taschek, erwählt, welches die Bestimmungen jenes Gesetzes mit Rücksicht auf den Gegenstand in Frage zu prüfen und dem Ausschusse Bericht zu erstatten hat.

Gegenüber den beunruhigenden Gerüchten von beabsichtigtem Dazwischentreten der außerdeutschen Mächte, besonders Englands, in die preußisch-österreichische Action in Schleswig spricht die „G.-C." die Hoffnung aus, daß die Erläuterungen der allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin in London abgegeben worden sind, vollkommen gewürdigt und weitere Verwicklungen beseitigen werden. Es dürfte durch dieselben bei den außerordentlichen Großmächten die Ueberzeugung begründet werden, daß die dermalige Action Oesterreichs und Preußens in Schleswig lediglich für den Zweck unternommen ist, Dänemark zur Einhaltung seiner in den Jahren 1851/52 eingegangenen Verpflichtungen auch in Betreff jenes Herzogthums zu nöthigen; daß eine Aenderung des Territorialstandes mit dem Vorschreiten ihrer Heere nicht beabsichtigt wurde und daß die deutschen Großmächte sich vollkommen bewußt sind, wie eine solche Aenderung nicht einseitig, sondern nur im Verständniß zwischen sämmtlichen europäischen Mächten stattfinden könne.

Aus Stockholm meldet man der „G.-C.", eine Militärconvention zwischen Schweden und Dänemark sei allerdings zu Stande gekommen aber, und zwar auf Betreiben des französischen Cabinets, in derart verklausulirter Weise, daß dieselbe zur Verstärkung des Widerstandes, welchen Dänemark der Inpfandnahme Schleswigs seitens der deutschen Großmächte als Garantie für die Durchführung ihrer Forderungen auf Grund der früheren Stipulationen entgegenzusetzen beschlossen habe, schwerlich beitragen werde. Nach der Thätigkeit zu urtheilen, welche die französische Diplomatie in Stokholm entfalte, scheine es überhaupt nicht, daß das Tuileriencabinet in die schleswig'sche Frage, wie sie von Oesterreich und Preußen gestellt worden, sollte sie auch mit dem Schwerte entschieden werden müssen, momentan einzugreifen gedenke.

Ein Telegramm der „Presse" aus Paris, 2. d., meldet: Ein heute in öffentlicher Sitzung verlesenes Decret des Kaisers vertagt den gesetzgebenden Körper bis 5. April.

Hamburg, 2. Februar, Abends. Eine Correspondenz der „Hamburger Nachrichten" berichtet: Die Dänen weichen überall nach einzelnen gewechselten Schüssen zurück. Die vorrückenden preußischen Truppen werden überall festlich empfangen; sie sind muthvoll und begeistert.

Kiel, 2. Februar, Abends. Heute Nachmittags fand zwischen Cosel und Missunde ein dreistündiges heftiges Gefecht statt, an welchem alle Waffengattungen, besonders die Artillerie, betheiligt waren. Die Dänen wurden von den Preußen mit größter Bravour in den Brückenkopf zurückgeworfen.

Rendsburg, 2. Februar. Eben treffen Gefangene (5 Dragoner, 4 Infanteristen) hier ein. General-Feldmarschall Wrangel, der Kronprinz von Preußen und Prinz Albrecht sind mit dem Generalstabe nach Kropp abgegangen.

London, 2. Februar. Mit dem Postdampfer „North-American" sind Newyorker Nachrichten vom 23. v. M. in Londonderry eingetroffen. Der General Rosenkranz ist zum Chef des Missouri-Departements ernannt worden. Die gesetzgebende Versammlung von Maryland hat den Präsidenten Lincoln als Candidaten der künftigen Präsidentenwahl aufgestellt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Kundmachung. (125. 1)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht in Strafsachen als Preßgericht zu Venedig hat Kraft der ihm von Sr. k. k. apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der dortigen k. k. Staatsanwaltschaft zu Recht erkannt, daß der Inhalt der nachangeführten Druckschriften die nebenbezeichneten Verbrechen begründet und hat hiemit zugleich nach §. 36 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862 das Verbot ihrer weiteren Verbreitung ausgesprochen:

1. L'amico di casa, almanacco popolare illustrato, anno undecimo 1864. Torino, stamperia dell' unione tipografica editrice 1863; wegen des Verbrechens der Religionsstörung, § 122 b. d. St. G.

2. Filippo de Boni, la chiesa romana e l'Italia. Milano, G. Daelli e C. editori. 1863.

3. Storia dei Papi da san Pietro a Pio IX. di Aurelio Bianchi-Giovini. Milano, Francesco Sanvito 1864. Tipografia fratelli Borroni; beide gleichfalls wegen des Verbrechens der Religionsstörung § 122 b. d. St. Ges.

4. Giuseppe Mazzini, notizie storiche per Stefanoni Luigi. Milano 1863 presso l'editore Carlo Barbini via larga; wegen des Verbrechens des Hochverrathes, §. 58 lit. c. St. G.

5. Sulla tumulazione di Emilio Dandolo (22 Febbrajo 1859) versi del maestro privato Giulio Castelli. Milano a spese dell' Editore.

6. Francesco Nullo martire in Polonia; notizie storiche per Stefanoni Luigi. Milano 1863, presso l'editore Carlo Barbini, via larga; beide wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, § 65 St. G.

7. Poesie di Aleardo Aleardi, Locarno Carolina Bianchi 1861; wegen der Verbrechen des Hochverraths, der Majestätsbeleidigung und der Störung der öffentlichen Ruhe, §§ 58, 63, 65 St. G.

8. Ciro Menotti o le cospirazioni di Modena nel 1832 di Celestino Bianchi. Milano 1863, presso l'editore Carlo Barbini via larga; wegen der Verbrechen der Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses und der Störung der öffentlichen Ruhe §. 64, 65 St. Ges.

Venedig am 24. Jänner 1864.

N. 849. **Kundmachung.** (121. 1)

Der rheumatische katarrhalische Krankheitscharakter blieb auch im vorigen Monate der vorherrschende und es kamen dieselben Krankheiten wie im November zum Vorschein, Epidemien sind weder in Krakau noch in der Nähe dieser Stadt ausgebrochen.

Der Krankenzugang zu den hiesigen Spitälern begann im vor. Monate lebhafter zu werden und es wurden in denselben 542 Kranke behandelt, von denen 188 genasen, 22 starben, 22 ungeheilt entlassen wurden, und 310 in weiterer Heilpflege verblieben.

Die Zahl der Verstorbenen in Krakau und den dazu gehörigen Ortschaften betrug im v. M. 150.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 16. Jänner 1864.

Z. 1020. **Edict.** (113. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem abwesenden und dem Wohnorte nach unbekannten Karl Baumann mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn das Handlungshaus Lafaryne Halsen & Comp. vertreten durch den Advokaten H. Dr. Alth wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 120 Pfund Sterl. (s. N. G.) am 19. Jänner 1864, Z. 1020, Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung nach Wechselrecht die Tagsatzung auf den 16. Februar 1864 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Carl Baumann unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Korecki mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Witski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rehtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem kais. königl. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 25. Jänner 1864.

L. 23112. **Edykt.** (112. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Józefa Piotrowskiego z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu Anna Borowiczowa wniosła pozew pod dniem 31. Grudnia 1863 r. do l. 23112 o oddanie listów zastawnych galicyjskich na 5000 złr. 500 złr. i 400 złr. m. k. z kuponami i że w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnéj rozprawy na dzień 1go Marca 1864 o godzinie 10 zrana w tutejszym c. k. Sądzie wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego p. Józefa Piotrowskiego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tegoż tutejszego Adw. p. Dr. Balko z substytucyą p. Adw. Dr. Witskiego kuratorem nieobecnego ustanowił z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął — lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił lub wreszcie innego sobie obrońcę wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków dnia 19 Stycznia 1864.

N. 259. **Edykt.** (115. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pp. Kazimiérza i Barbarę hr. Potulickich, że przeciw nim w dniu 7go Stycznia 1864 r do l. 259, p. Sine Gross wniosła żądanie o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowéj 515 złr. w. a. wraz z p. n. i że w załatwieniu tegoż wydany został w dniu 11 Stycznia 1864 żądany nakaz zapłaty.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adw. p. Dra. Witskiego kuratorem nieobecnych ustanowił.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę dla siebie wybrali i o tém ces. król. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, 11 Stycznia 1864.

L. 23173. **Edykt.** (114. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pp. Katarzynę Kruszyńską i Wincentego Dembińskiego, że przeciw nim w dniu 31 Grudnia 1863 r. do l. 23173, p. Władysław Pęgowski wniósł pozew o wykréślenie obowiązku Filipa Waltera de Kroneg zwrócenia Wincentemu Dembińskiemu rewersu, lub zapłacenia sumy 3000 złp. z stanu biernego części dóbr Podolany czyli Łencze dolne i w załatwieniu tegoż pozwu termin na dzień 23 Lutego 1864 r. o godzinie 10 zrana w Sądzie tutejszym do postępowania ustnego wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych Sądowi nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adwokata p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stanęli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili lub w reszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisać by musieli.

Kraków, dnia 11 Stycznia 1864.

L. 1927. **Obwieszczenie.** (109. 3)

Ces. król. Sąd powiatowy w Mogile zawiadamia niniejszym edyktem niewiadomych z imienia i pobytu spadkobierców ś. p. Kaspra i Tekli Michalczyków, iż przeciw nim i Pawłowi Grudniakowi Mendel Schenker pozew o 700 złp. pod dniem 8 Października 1863 do l. 1927 wniosł, i że w skutek tego do sumarycznéj rozprawy audyencya sądowa na dzień 16 Marca 1864 godzinę 9tą rano wyznaczoną została.

Również zawiadamia się wspomnionych spadkobierców, iż ich zastępcą w powyższym sporze p. Paweł Siekliński wójt z Prądnika Białego ustanowiony został, i z nim spór przeprowadzony będzie.

Pozwani spadkobiercy są zatem obowiązani, ażeby się osobiście stawili, albo potrzebne dowody przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub innego obrońcę obrali i Sądowi o tem donieśli, albowiem w przeciwnym razie sami sobie z opóźnienia wynikłe skutki przypisać będą musieli.

C. k. Urząd powiatowy Mogiła.

Kraków 9 Grudnia 1863.

N. 168. **Concurs-Kundmachung** (122. 1-3)

für eine Advokaten-Stelle.

In dem Sprengel des Krakauer k. k. Oberlandesgerichtes ist in Neu-Sandec eine Advokatenstelle in Erledigung gekommen.

Im Zwecke der Besetzung dieser Advokatenstelle haben die Bewerber binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Concurs-Kundmachung in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung gerechnet, die mit den erforderlichen Belegen versehenen Gesuche, in welchen die Nachweisung über das Alter, die absolvirten Rechtsstudien, den erlangten Doctorsgrad, die Sprachkenntnisse, die bestandenen vorgeschriebenen Prüfungen, die bisherige Verwendung, endlich die Moralität zu liefern, und zugleich anzugeben ist, ob, und in wiefern sie mit einem Justiz-Beamten des Krakauer Oberlandesgerichts-Sprengels verwandt oder verschwägert sind, unter Beobachtung des mit dem Krakauer Landesregierungsblatte kundgemachten hohen Justiz-Ministerial-Erlasses ddto. 14. Mai 1856 Z. 10567 (VI. Stück Nr. 9) an das k. k. Oberlandesgericht in Krakau zu richten und die als Bewerber einschreitenden Beamten durch ihre unmittelbaren Amtsvorsteher, die Notariats-Candidaten und Notare durch die Notariatskammer, welcher sie unterstehen, die Advokaturs - Candidaten und Advokaten endlich durch ihre vorgesetzte Advokatenkammer zu überreichen.

Krakau, am 18. Jänner 1864.

N. 2012. **Edict.** (117. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte wird bekannt gemacht, daß wider die liegende Masse nach Ignatz Roventsky:

a) Herr Leopold Hombesch wegen Zahlung der Summe pr. 111 fl. 47 1/2 kr. öst. W.

b) Hr. Bernhard Kurzweil wegen Zahlung der Summe pr. 65 fl. 16 kr. und 9 fl. 97 kr. öst. W.

c) Hr. Wolf Matzner wegen Zahlung der Summe pr. 42 fl. 75 kr.

d) Hr. Josef Wątorek wegen Zahlung der Summe pr. 26 fl. 27 kr. ö. W.

e) Frau Leopoldine Sechtling wegen Zahlung der Summe 75 fl. ö. W.

die Klagen hiergerichts eingebracht haben worüber zur summarischen Verhandlung der Termin auf den 17 Februar 1864 um 9 Uhr Vormittags festgesetzt worden ist.

Nachdem dessen Erben dem Namen, Leben und Wohnorte nach unbekannt sind, so wird zu deren Vertretung auf deren Gefahr und Kosten der Herr Peter Zaworski, Bürger zu Wieliczka zum Curator bestellt, und von dieser Curatelsbestellung werden dieselben mittelst dieser Edicte in Kenntniß gesetzt.

Gleichzeitig werden dieselben erinnert, diesem bestellten Curator die zu ihrer Vertheidigung dienlichen Behelfe zeitlich vor dem Termine einzuhändigen, oder einen andern Vertreter sich zu bestellen, als sonst die aus ihrer mangelhaften Vertretung entstehen mögenden Folgen, sie dem eigenen Verschulden zuzuschreiben haben werden.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Wieliczka, 31. Juli 1863.

Edykt.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd niniejszém wiadomo czyni, że przeciw masie leżącéj ś. p. Ignacego Roventskiego

a) p. Leopold Hombesch o zapłacenie 111 złr. 47 1/2 kr. w. a.,

b) p. Bernhard Kurzweil o zapłacenie 65 złr, 16 kr. i 9 złr. 97 kr. a. w.,

c) p. Wolf Matzner o zapłacenie 42 złr. 75 kr. wal. a.,

d) p. Józef Wątorek o zapłacenie 26 złr. 27 kr. w. a.,

d) p. Leopoldina Sechtling o zapłacenie 75 złr. wal. a.

pozwy tu w Sądzie podali, w skutek których pozwów do sumarycznego postępowania termin na dzień 17 Lutego 1864 wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tego zapozwanego z imienia, życia i miejsca pobytu Sądowi znajomi nie są, to dla ich zastępywania, w tych procesach ustanowiono na ich koszt i stratę pana Piotra Zaworskiego mieszczana tutejszego za kuratora, i o któréj ustanowionéj kurateli tychże się edyktalnie zawiadamia — jednocześnie się ich upomina, ażeby temu ustanowionemu kuratorowi dokumenta do ich obrony służyć mogące przed terminem tém pewniéj wręczyli — lub sobie innego zastępcę ustanowili, gdyż inaczéj złe skutki niedostatecznéj obrony własnemu przewinieniu przypisać będą winni.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Wieliczka, 31 Lipca 1863.

L. 214. **Edykt.** (111. 3)

Ces. kr. Sąd obwodowy w Nowym Sączu spadkobiercom ś. p. Anny z Sojeckich hr. Stadnickiéj z nazwiska, miejsca pobytu i życia niewiadomym, tudzież tychże może zmarłym sukcesorom z imienia, życia i pobytu niewiadomym wiadomo czyni, że p. Marya Orlecka, jako jedyna spadkobierczyni swéj matki Tekli Orleckiéj przeciw nim a względnie przeciw dla nich ustanowić się mającego kuratora ad actum pozew o własność części kupna i sprzedaży dóbr Sienny po Kaźmierzu Sojeckim na Annę hr. Stadnicką przypadłéj, wniosła, i że w tym sporze do ustnéj rozprawy termin na dzień 9 Marca 1864 o godz. 10 przed południem wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapozwanych jest niewiadomy, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanym, tutejszego Adwokata Dr. Micewskiego z zastępstwem p. Adw. Dr. Zajkowskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub téż innego obrońcę obrali, i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczéj z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowysącz, dnia 18 Stycznia 1864.

N. 260. **Concurs.** (120. 2-3)

Beim Bezirksamte in Sądowa wisznia, nach Umständen bei einem andern Bezirksamte, ist eine Bezirksvorstehersstelle mit dem Jahresgehalte von 1050 fl. ö. W. zu besetzen.

Bewerber haben ihre, mit den erforderlichen Behelfen versehenen Gesuche im vorgeschriebenen Dienstwege bei der k. k. Personal-Landes-Commission längstens bis zum 18. Februar l. J. einzubringen und es wird auf disponible Beamte besonders Rücksicht genommen werden.

Von der k. k. Landescommission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.

Lemberg, 29. Jänner 1864.

Wiener Börse-Bericht

vom 1. Februar.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	66.80	67.--
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.90	80.10
vom April — October	79.90	80.10
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.20	71.30
dtto „ 4 1/2% für 100 fl.	62.80	63.10
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140 75	141.25
„ 1854 für 100 fl.	89.50	90 —
„ 1860 für 100 fl.	91.40	91 80
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	18.25	18 75

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	87.50	88.--
von Mähren zu 5% für 100 fl.	92.50	93.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.50	89.--
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	87.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.—	89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	73.25	73.75
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	71.50	72 —
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.25	74 75
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.50	72 —
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.25	71.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	70.50	71.

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	774.—	776.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	177.—	177.20
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	660.—	664.--
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1690.	1692.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	187.50	188.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	134.—	134.50
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	125.—	125.40
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.--
der vereinigten südöster. lomb.-ven und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	245.—	246.--
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	195.20	195 50
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	423.—	425.--
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	223.—	225.--
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	388.—	392.--
der Wiener Dampfmühl-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	440.—	450.--
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	152.—	153.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CMze 10jährig zu 5% für 100 fl.	101.75	102.25
der Nationalbank auf CMze verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.80	90.—
der Nationalbank auf östr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.40	85.8
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	72.—	73 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	131.40	131.60
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	90.—	90.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	112.—	114.--
„ „ zu 50 fl. CM.	49.—	49.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	29.—	29.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	92.50	93.50
Salm zu 40 fl. „	31.75	32.25
Palffy zu 40 fl. „	33.—	33.50
Clary zu 40 fl. „	32.—	32.50
St. Genois zu 40 fl. „	32.—	32.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	19.25	19.75
Waldstein zu 20 fl. „	20.—	20.50
Keglevich zu 10 fl. „	15.—	15.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	104.--	104.25
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4½%	104.—	104.25
Hamburg, für 100 M. B. 4%	92.—	92.—
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	121.40	121 60
Paris, für 100 Francs 7%	48.10	48.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.	fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 81	5 81½	5 81	5 83
„ vollw. Dukaten	5 81	5 81½	5 81	5 83
Krone	— —	— —	16 75	16 80
20 Francstücke	9 78	9 81	9 78	9 80
Russische Imperiale	— —	— —	9 98	10 -
Silber	122 --	— —	121 25	121 75

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
3	2	333''' 08	— 0°0	92	SüdSüdWest schwach	heiter		— 8°0	+ 0°0
	10	32 06	— 3°4	100	Süd West still	„			
4	6	30 28	— 6°5	100	Süd West still	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**